

Eignungsanforderungen/-kriterien

Vergabe:
"Projektträgerschaft für die Durchführung einer Förderrichtlinie des BMV zur Errichtung von Ladeinfrastruktur in und an Mehrparteienhäusern"

| Nr. | Kriterium | Erläuterungen zu den erforderlichen Angaben im Angebot | Mindestanforderungen |
|-----|---|---|--|
| 1. | Zwingende und fakultative Ausschlussgründe gem. § 123 und § 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) | | |
| 1.1 | Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen des Bieters (Unternehmen) https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/___123.html https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/___124.html https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022R0576&from=DE | Abgabe einer entsprechenden Eigenerklärung pro Wirtschaftsteilnehmer (auch von Unterauftragnehmern oder den einzelnen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft) (Formblatt F1) und Abgabe einer entsprechenden Eigenerklärung in Hinblick auf das Vorliegen des Sanktionstatbestandes des Artikel 5k der VO (EU) 833/2014 (Formblatt F Sanktion VO 833/2014) | |
| 1.2 | Erklärung zur Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz (VpFIG) für die Projektleitung, Verantwortliche für Finanzen und die jeweilige Vertretung | Abgabe einer entsprechenden Eigenerklärung je Person, dass im Auftragsfall eine Verpflichtungserklärung gem. § 10 Abs. 4 des Vertrags abgegeben wird. (Formblatt F-EK 1.2) | |
| 2. | Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gem. § 45 VgV Sofern zur Erfüllung der Eignungsanforderungen auf ein anderes Unternehmen zurückgegriffen wird, sind die geforderten Nachweise des benannten Unternehmens mit dem Angebot vorzulegen. Hierzu hat das benannte Unternehmen eine Verpflichtungserklärung vorzulegen (Eignungsbürgschaft gem. § 47 VgV). | | |
| 2.1 | Nachweis einer Betriebs-/ Berufs-Haftpflichtversicherung | Abgabe einer Eigenerklärung des Bewerbers/ Bieters (im Falle der Eignungsbürgschaft des hierfür benannten anderen Unternehmens), dass eine entsprechende Versicherung vorhanden ist/ im Auftragsfall abgeschlossen wird und diese während der gesamten Vertragslaufzeit aufrecht erhalten wird (Formblatt F-EK 2.1). | Die Haftpflichtversicherung hat mindestens die nachstehenden Schäden mit folgenden Mindestversicherungssummen abzudecken: - Für Personen- und Sachschäden mindestens 3.000.000 € je Schadensfall - Für Vermögensschäden mindestens 1.500.000 € je Schadensfall Soweit der Bewerber dem haushaltsrechtlichen Grundsatz der Selbstversicherung unterliegt und der Abschluss einer entsprechenden Versicherung nicht vorgesehen ist, ist anstelle des Versicherungsnachweises eine hierauf lautende Erklärung abzugeben. |
| 2.2 | Bankerklärung | (kein Formblatt) Vorlage einer aktuellen schriftlichen Auskunft eines Kreditinstituts zum Zahlungsverhalten des Leistungserbringers (nicht älter als drei Monate, wobei für die Berechnung der Tag, an dem die Angebotsfrist endet, maßgeblich ist). Die Auskunft muss erkennen lassen, wie lange die Geschäftsverbindungen zwischen dem jeweiligen Kreditinstitut und den Leistungserbringer bestehen. Zudem muss die Auskunft darlegen, ob die Kundenbeziehungen zum Leistungserbringer ordnungsgemäß verlaufen. | |

| Nr. | Kriterium | Erläuterungen zu den erforderlichen Angaben im Angebot | Mindestanforderungen |
|-----|---|---|--|
| 3. | Technische und berufliche Leistungsfähigkeit gem. § 46 VgV Sofern zur Erfüllung der Eignungsanforderungen auf ein anderes Unternehmen zurückgegriffen wird, sind die geforderten Nachweise des benannten Unternehmens mit dem Angebot vorzulegen. Hierzu hat das benannte Unternehmen eine Verpflichtungserklärung vorzulegen (Eignungsleihe gem. § 47 VgV). | | |
| 3.1 | <p>Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Aufträge der in den letzten Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen, die mit Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen, Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bieters geben.</p> <p>Bereich/ Themenschwerpunkt: Projektträgerschaft</p> <p>Der AG berücksichtigt Referenzen aus den letzten 5 Jahren.</p> | <p>Zu jeder Referenz (Referenzprojekt) sind folgende Angaben zu machen (Formblatt F-EK3.1):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kurztitel des Referenzprojektes - Name des Unternehmens, das die Referenz vorlegt - Auftraggeber (AG), mit Angabe der Organisationseinheit/ Fachbereich - Leistungszeitraum (Jahr) - Anzahl der Zuwendungsempfänger - Gesamtvolumen-/Teilvolumen des Referenzprojektes (in Euro/) - 1. Beschreibung des Referenzprojektes (Beschreiben Sie bitte kurz und prägnant den Projekthalt, die Projektziele, die durchgeführten Leistungen und die erzielten Ergebnisse) 2. Vergleichbarkeit des Referenzprojektes/Projekthalt mit dem Ausschreibungsgegenstand gemäß Leistungsbeschreibung (Bitte erläutern Sie, warum dieses Referenzprojekt aus Ihrer Sicht mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar ist. Gehen Sie dabei auf die unter 1. beschriebenen Leistungen/ Tätigkeiten ein.) | <p>Gefordert werden vergleichbare Referenzen, d.h. Leistungen, die dem Auftragsgegenstand nahekommen oder ähneln und in Umfang, Komplexität (Vielschichtigkeit) und Schwierigkeitsgrad den ausgeschriebenen Leistungen entsprechen.</p> <p>Es ist mindestens eine Referenz nachzuweisen, die folgende inhaltliche Mindestanforderungen kumulativ erfüllt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Leistungen müssen Projektträgereigenschaften für Förderprojekte nach deutschem Zuwendungsrecht zum Gegenstand gehabt haben und die Phasen der Begleitung von Förderprojekten, mindestens die Prüfung von Projektanträgen, das Erstellen von Zuwendungsbescheiden, die Prüfung von Verwendungsnachweisen beinhalten - die Leistungen müssen ununterbrochen für die Dauer von mindestens zwei Jahren erbracht worden sein, - die Leistungen müssen eine Mindestanzahl von 2000 Zuwendungsempfängern umfasst haben - die Leistungen müssen die administrative Umsetzung eines Breitenprogramms zum Gegenstand gehabt haben |
| 3.2 | <p>Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Aufträge der in den letzten Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen, die mit Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen, Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bieters geben.</p> <p>Bereich/ Themenschwerpunkt: Elektromobilität/Ladeinfrastruktur</p> <p>Der AG berücksichtigt Referenzen aus den letzten 5 Jahren.</p> | <p>Zu jeder Referenz (Referenzprojekt) sind folgende Angaben zu machen (Formblatt F-EK3.2):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kurztitel des Referenzprojektes - Name des Unternehmens, das die Referenz vorlegt - Auftraggeber (AG), mit Angabe der Organisationseinheit/ Fachbereich - Leistungszeitraum (Jahr) - Gesamtvolumen-/Teilvolumen des Referenzprojektes (in Euro/ Anz. Personentagen) - 1. Beschreibung des Referenzprojektes (Beschreiben Sie bitte kurz und prägnant den Projekthalt, die Projektziele, die durchgeführten Leistungen und die erzielten Ergebnisse) 2. Vergleichbarkeit des Referenzprojektes/Projekthalt mit dem Ausschreibungsgegenstand gemäß Leistungsbeschreibung (Bitte erläutern Sie, warum dieses Referenzprojekt aus Ihrer Sicht Erfahrungen belegt, die für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistung relevant sind. Gehen Sie dabei auf die unter 1. beschriebenen Leistungen/Tätigkeiten ein.) | <p>Gefordert werden Referenzen, aus denen Erfahrungen und Kenntnisse ersichtlich werden, die für Bearbeitung der ausgeschriebenen Leistung wesentlich/relevant sind und in Komplexität und Schwierigkeitsgrad dem Leistungsgegenstand entsprechen.</p> <p>Dabei gelten zusätzlich folgende Mindestanforderungen an die anzugebenden Referenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es ist mindestens 1 Referenzprojekt nachzuweisen, welches die Erfahrungen in den Bereichen - Elektromobilität und/oder - Ladeinfrastruktur belegen. <p>Alle Bereiche müssen nachgewiesen werden.</p> |
| 3.3 | <p>Technische Ausrüstung, Maßnahmen zur Qualitätssicherung gem. § 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV</p> | <p>s. Formblatt F-EK 3.3</p> <p>Abgabe einer Eigenerklärung, dass gem. Leistungsbeschreibung</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen mit Leistungsbeginn umgesetzt sind, b) die für den Einsatz eines für Breitenprogramme notwendige technische Anbindung und IT-Ausstattung mit Leistungsbeginn sichergestellt werden können, c) die IT-Sicherheitsanforderungen entsprechend Nr. 5 ff der Dienstanweisung zur Abwicklung von Zahlungen mittels des anzuwendenden Antrags- und Abwicklungssystems während der Leistungserbringung sichergestellt werden und eine entsprechende interne IT-Sicherheits-Policy (IT-Sicherheitsstandards und -regelungen) nachgewiesen wird. Die IT-Sicherheits-Policy ist beizufügen. d) Anzahl der PROFI-Arbeitsplätze e) Anzahl E-Akte Bund Arbeitsplätze | |

| Nr. | Kriterium | Erläuterungen zu den erforderlichen Angaben im Angebot | Mindestanforderungen |
|-----|---|---|---|
| 3.4 | Verantwortlichkeit im Bereich Finanzen | s. Formblatt BesB 2: Es ist eine Person sowie ein(e) Stellvertreter(in) zu benennen, die im Auftragsfall die für die Leistungserbringung notwendige Einhaltung insbesondere der in den Nr. 2 bis 7 der Leistungsbeschreibung sowie der in §§ 9 und 10 des Projektträgervertrages aufgeführten Regelungen sicherstellt. | Diese Personen müssen in ihrer Funktion unabhängig und weder gegenüber der Gesamtprojektleitung noch den Koordinatoren der Einzelprojekte weisungsgebunden sein. |
| 3.5 | Erklärung zu Interessenkonflikten/zur Neutralität | s. Formblatt BesB 3 Der Bieter hat eine Eigenerklärung abzugeben, a) ob und auf welche Weise er ggf. mit Rechtssubjekten gesellschaftsrechtlich verflochten ist, die sich derzeit/ möglicherweise an laufenden/ künftigen Förderverfahren im zugrundeliegenden Förderprogramm beteiligt/en werden, b) ob er derzeit oder ob er beabsichtigt, selbst Antragsteller oder als Berater für Dritte/ für Antragsteller laufender/ zukünftiger Förderverfahren im zugrundeliegenden Förderprogramm zu sein. Im Falle einer Verflechtung oder Beteiligung hat er darzustellen, wie eine mögliche Interessenkollision nach §§ 20, 21 VwVfG verhindert werden soll. Es ist schlüssig und nachvollziehbar darzustellen, mit welchen Maßnahmen (organisatorische, personenbezogene, qualitätssichernde und IT-gestützte Maßnahmen) eine mögliche Interessenkollision ausgeschlossen wird. | Aufgrund der Leistungspflichten des AN sind Interessenkollisionen jedweder Art zu vermeiden. Der AN, mit ihm gesellschaftsrechtlich oder wirtschaftlich verbundene Rechtssubjekte und seine / deren eingesetzten Unterauftragnehmer dürfen bis zum Ende der Vertragslaufzeit außerhalb der vertraglichen Leistungen und ohne Zustimmung des AG keinerlei Tätigkeiten planen, durchführen oder sich zu solchen Tätigkeiten verpflichten, die geeignet sind, die ordnungsgemäße Durchführung der vertraglichen Leistungen zu beeinträchtigen und/oder die auf sonstige Art und Weise mit den Förderprogrammen des BMV zur Förderung der Errichtung von Ladeinfrastruktur in und an Mehrparteienhäusern in Zusammenhang stehen („Potentielle Interessenkollision“). Soweit im Rahmen einer Einzelfallprüfung ein Interessenkonflikt nicht ausgeschlossen werden kann, wird der Bieter von der weiteren Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen. Dies dient der Gewährleistung des allgemeinen Wettbewerbsgrundsatzes und des mit dem vergaberechtlichen Gleichbehandlungsgebot in engem Zusammenhang stehenden Neutralitätsgebots. |

Besondere Bedingungen an die Ausführung der Leistungen

| | Besondere Bedingungen an die Ausführung der Leistungen | Erläuterungen zu den erforderlichen Angaben im Angebot | Mindestanforderungen |
|-----------------------|---|---|--|
| EK 1 BSB1 | Erklärung zum NICHT-Vorliegen des Sanktionstatbestandes des Artikel 5k der VO (EU) 833/2014 | Abgabe der Eigenerklärung des Bieters in Hinblick auf Art. 5k der 833/2014 (Formblatt F Sanktion VO 833/2014) | Der AN ist verpflichtet, - während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe) oder Lieferanten beteiligten Unternehmen einzusetzen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt und die nicht zu dem in Art. 5k der Sanktions-VO (EU) 833/2014 genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören. - geeignete Maßnahmen zu treffen, um auch während der Vertragslaufzeit sicherzustellen, dass die Vorschriften des Art. 5k Absatz 1 der VO eingehalten werden und den Auftraggeber über etwaige später eintretende Änderungen bei meinem/unseren Unternehmen und den am Auftrag beteiligten Unternehmen unverzüglich informieren. |
| EK 3.4 BSB 2 | Verantwortlichkeit im Bereich Finanzen | s. Formblatt BesB 2: Es ist eine Person sowie ein(e) Stellvertreter(in) zu benennen, die im Auftragsfall die für die Leistungserbringung notwendige Einhaltung insbesondere der in den Nr. 2 bis 7 der Leistungsbeschreibung sowie der in §§ 9 und 10 des Projektträgervertrages aufgeführten Regelungen sicherstellt. | Diese Personen müssen in ihrer Funktion unabhängig und weder gegenüber der Gesamtprojektleitung noch den Koordinatoren der Einzelprojekte weisungsgebunden sein. |

| Nr. | Kriterium | Erläuterungen zu den erforderlichen Angaben im Angebot | Mindestanforderungen |
|-----------------------|--|--|--|
| EK 3.5 BSB 3 | Erklärung zu Interessenkonflikten/zur Neutralität | <p>s. Formblatt BesB 3</p> <p>Der Bieter hat eine Eigenerklärung abzugeben,</p> <p>a) ob und auf welche Weise er ggf. mit Rechtssubjekten gesellschaftsrechtlich verflochten ist, die sich derzeit/ möglicherweise an laufenden/ künftigen Förderverfahren im zugrundeliegenden Förderprogramm beteiligt/en werden,</p> <p>b) ob er derzeit oder ob er beabsichtigt, selbst Antragsteller oder als Berater für Dritte/ für Antragsteller laufender/ zukünftiger Förderverfahren im zugrundeliegenden Förderprogramm zu sein.</p> <p>Im Falle einer Verflechtung oder Beteiligung hat er darzustellen, wie eine mögliche Interessenkollision nach §§ 20, 21 VwVfG verhindert werden soll. Es ist schlüssig und nachvollziehbar darzustellen, mit welchen Maßnahmen (organisatorische, personenbezogene, qualitätssichernde und IT-gestützte Maßnahmen) eine mögliche Interessenkollision ausgeschlossen wird.</p> | <p>Aufgrund der Leistungspflichten des AN sind Interessenkollisionen jedweder Art zu vermeiden. Der AN, mit ihm gesellschaftsrechtlich oder wirtschaftlich verbundene Rechtssubjekte und seine / deren eingesetzten Unterauftragnehmer dürfen bis zum Ende der Vertragslaufzeit außerhalb der vertraglichen Leistungen und ohne Zustimmung des AG keinerlei Tätigkeiten planen, durchführen oder sich zu solchen Tätigkeiten verpflichten, die geeignet sind, die ordnungsgemäße Durchführung der vertraglichen Leistungen zu beeinträchtigen und/oder die auf sonstige Art und Weise mit den Förderprogrammen des BMV zur Förderung der Errichtung von Ladeinfrastruktur in und an Mehrparteienhäusern in Zusammenhang stehen („Potentielle Interessenkollision“).</p> <p>Soweit im Rahmen einer Einzelfallprüfung ein Interessenkonflikt nicht ausgeschlossen werden kann, wird der Bieter von der weiteren Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen. Dies dient der Gewährleistung des allgemeinen Wettbewerbsgrundsatzes und des mit dem vergaberechtlichen Gleichbehandlungsgebot in engem Zusammenhang stehenden Neutralitätsgebots.</p> |
| BSB 4 | AN muss juristische Person des Privatrechts sein, um den Auftrag ordnungsgemäß im Wege einer Beleihung durchführen zu können | <p>s. Formblatt F-BesB4-Beleihung:</p> <p>Der Bieter / der bevollmächtigte Vertreter einer Bietergemeinschaft muss zusichern, dass er entweder die gemäß § 44 Abs. 3 BHO erforderliche Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts besitzt oder unverzüglich nach Zuschlagserteilung die gemäß § 44 Abs. 3 BHO erforderliche Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts annehmen wird. Diese muss für die Dauer der Beleihung aufrecht erhalten werden. Weiterhin muss er zusichern, dass die für die sachgerechte Erfüllung der übertragenen Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vorhanden sind und für die Dauer der Beleihung vorgehalten werden.</p> | <p>Die vorgesehene Beleihung des AN erfordert gem. Nr. 19.1 VV zu § 44 Absatz 3 BHO, dass er die Rechtsform in einer juristischen Person des Privatrechts (liegt insbesondere nicht vor bei: KG, OHG, GbR) besitzt. Dies ist zwingend für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags im Wege einer Beleihung erforderlich.</p> |